



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 5.1 der öffentlichen Sitzung am 16. Februar 2017

Antrags-Nr. 17-F-10-0004

Videoüberwachung und Sicherheit in Wiesbaden - Antrag der AfD-Fraktion vom 16.02.2017-

Weil eine verbesserte Videoüberwachung nur Sinn macht in Kombination mit einer einsatzbereiten und leistungsfähigen Stadtpolizei wolle die Stadtverordnetenversammlung in diesem Zusammenhang und angesichts der aktuellen Entwicklungen bei der Wiesbadener Stadtpolizei beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. In der zukünftigen Dienststelle der Stadtpolizei in der Mauritius-Galerie die Einrichtung mehrerer Gewahrsamszellen zu prüfen und, soweit die planungs- und bautechnischen Möglichkeiten vorhanden sind, auch zu veranlassen.
2. Auskunft darüber zu erteilen, wann die 22 befristet eingestellten Stadtpolizisten ihre unbefristeten Arbeitsverträge erhalten werden.
3. Auskunft darüber zu erteilen, inwieweit aktuelle Änderungen der Gefahrenabwehrverordnung, der Dienstvereinbarungen sowie der Dienstanweisungen dazu geeignet sein können, den bisherigen Status der Stadtpolizei und deren Kompetenzen gemäß §§ 55, 63, 99 HSOG in Frage zu stellen sowie die Einsatzfähigkeit der Beamten zum Beispiel im Hinblick auf Pausenregelung und Reduzierung von Nacht- und Wochenenddienstzeiten zu beeinträchtigen.
4. Auskunft darüber zu erteilen, ob eine Aufteilung der Stadtpolizei auf verschiedene Dezernate geplant ist.

Beschluss Nr. 0064

1. Der Antrag der AfD-Fraktion vom 16.02.2017 betr.

Videoüberwachung und Sicherheit in Wiesbaden

wird in Ziffer 1 abgelehnt.

2. Die Ziffern 2 bis 4 haben durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache ihre Erledigung gefunden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2017

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2017
im Auftrag

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister